

# Sicherheitspolitik 2000 : die Diskussion geht weiter

Autor(en): **Däniker, Gustav**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **166 (2000)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-66527>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



# Sicherheitspolitik 2000

## Die Diskussion geht weiter

Bei der Behandlung der «Sicherheitspolitik 2000» im Nationalrat tauchten über das Konzeptionelle hinaus einige wichtige Fragen auf, mit denen sich eine vertiefte Auseinandersetzung aufdrängt. Sie betreffen den «Fahrplan» der A XXI, die Entwicklung im strategischen Umfeld, die heutige und künftige Bedrohungslage sowie das Ausmass unserer staatlichen Handlungsfreiheit. Die folgenden Ausführungen bestätigen die Marschrichtung der neuen Strategie der «Sicherheit durch Kooperation».

### Innere Hindernisse und turbulentes strategisches Umfeld

Der Fahrplan der «Sicherheitspolitik 2000» sieht vor, dass nach der Debatte im Ständerat in der Märzsession ihre Umsetzung eingeleitet wird. Als Unsicherheitsfaktor bleibt allerdings die «Umverteilungsinitiative der SPS» (UMVI), welche die Militärausgaben auf der Hälfte des Standes von 1987 (!) einfrieren möchte, während die gesparten Gelder in die zivile Friedenssicherung fliessen sollen. Der Nationalrat hat sie bereits klar abgelehnt. Auch vor dem Volk – die Abstimmung soll im September oder November 2000 stattfinden – hat die UMVI kaum Chancen. Weit herum wird eingesehen, dass damit die Armee XXI zum vornehieren amputiert, wenn nicht gar verunmöglicht würde. Bedrohlicher nimmt sich das von der AUNS angekündigte Referendum gegen die Teilrevision des Militärgesetzes aus. Wenn auch weiterhin Auslandseinsätze bewaffneter Einheiten verboten bleiben, könnten wir in Zukunft weder an friedenssichernden Massnahmen mehr teilnehmen, noch die Chance multinationaler Übungen im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» so nutzen, wie sie uns am meisten bringt. Wie heute wären wir auf Hilfsfunktionen im «peace support» mit allen ihren Ungeheimheiten wie bei der Swisscoy und auf sehr beschränkte Ausbildungsmöglichkeiten angewiesen. Spätestens anfang 2001 muss das Volk diese Bremse frei geben müssen, wenn wir endlich zu einer lagegerechten Sicherheitspolitik aufschliessen wollen.

Was unser strategisches Umfeld betrifft, so gibt es bei uns immer noch Stimmen, die aufgrund der Kosovo-Krise den Ansatz der Sicherheitspolitik 2000 als bereits überholt bezeichneten. Es habe ein «Paradigmenwechsel» mit weitreichenden Konsequenzen stattgefunden. Gemeint sind offenbar die Folgen der Intervention der NATO in Serbien ohne ein entsprechendes Mandat des Sicherheitsrates. Das Dilemma zwischen dem die Souveränität der Nationalstaaten stützenden Völkerrecht, auf dem die UNO-Charta aufbaut, und dem

zunehmenden Trend zur Einnischung in innerstaatliche Verhältnisse aus humanitären Gründen schafft in der Tat Probleme. Auch die Schweiz wurde davon betroffen, wollte sie sich doch aus Neutralitätsgründen der Kosovo-Aktion erst anschliessen, als diese den Segen des UNO-Sicherheitsrates bekam. Die Folge war unsere ungemütliche Neutralität zwischen einer Gemeinschaft demokratischer Staaten und einem gesuchten Kriegsverbrecher. Eine weitere Folge war, dass unsere «Aktion Alba» ironischerweise ausgerechnet im Schutz jenes Bündnisses stattfand, dem die Schweiz den Überflug verweigerte. Eine Auflösung des Gegensatzes mit seinen weltweiten Implikationen ist noch nicht abzusehen, aber es ist auch falsch, davon auszugehen, dass von nun an ein «Kosovo» nach dem andern ähnliche Probleme stellt.

Natürlich darf nicht übersehen werden, dass die Kosovo-Krise einige Elemente unseres strategischen Umfeldes neu akzentuiert hat. Die Dominanz der USA, der militärische Rückstand der Europäer und die wirtschaftliche Schwäche Russlands samt seinem Prestigebedürfnis sind auf besondere Weise sichtbar geworden. All das erschüttert aber das Grundgefüge der europäischen Sicherheitsbemühungen nicht. Im Gegenteil. Mehr denn je geht es um eine Gesamtstrategie der Stabilisierung. Und noch immer geben hierbei Demokratien den Ton an, deren Sicherheitsbedürfnis sie zum gemeinsamen Handeln führten und weiter führen werden. Der entsprechende Wille ist gerade in Europa in letzter Zeit (mit den Konferenzen von St. Malo und Köln) noch stärker geworden. Beweis hierfür ist unter anderem die Einsetzung eines «Mister GASP» in der Person des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Solana.

Dass es immer wieder zu Differenzen betreffend die beste Art der kollektiven Sicherung kommt, wie zurzeit zwischen WEU und EU bezüglich der Beistandspflicht ihrer Mitglieder, ist normal. Solche sind aber weder neu noch beunruhigend, sondern vielmehr ein Zeichen für einen lebendigen Dialog verschiedener Standpunkte. Sie gehören zum «courant normal» einer multinationalen Evolution. Auch an-

dere Probleme, wie zum Beispiel die Frage nach der Zukunft der Rüstungskontrolle, entwerfen die Folgerungen des «Sicherheitsberichts 2000» nicht. Ausdrücklich wird darin auf hier lauende Gefahren hingewiesen und für den Fall einer – heute allerdings noch keineswegs sichtbaren Verschärfung der militärischen Bedrohung – eine zum Voraus einkalkulierte «Aufwuchsfähigkeit» der Armee XXI vorgesehen.

Eine gewisse Verunsicherung scheint da und dort auch der *militärische Nato-Einsatz gegen Jugoslawien* hervorgerufen zu haben. «Alle Experten» hätten doch die Notwendigkeit eines Bodenkrieges gefordert, und dennoch sei die Entscheidung aufgrund der Luftschläge gefallen. Das rufe auch bei uns nach einer völlig neuen Armee, wie sie im Bericht 2000 nicht vorgesehen sei. Unsere Miliz sei offenbar überflüssig geworden. Auch hier gilt, dass ein spezifisches Einzelereignis nicht verallgemeinert werden darf. Eine ganze Reihe weiterer Szenarien kriegerischer Abläufe sind denkbar. Präzise Luftschläge auf wichtige strategische Ziele ohne grosse Kollateralschäden sind zwar infolge modernster Waffentechnik seit geraumer Zeit möglich; eine Folge der seit Jahren in den USA im Gange befindlichen «Revolution in Military Affairs» (RMA), die auch im Bericht 2000 (Kapitel 3.1.6.) klar angesprochen wird. Das heisst aber nicht, dass ihre Elemente immer und überall zur Anwendung kommen werden. In welcher Weise die Armee XXI auf die möglichen Entwicklungen reagieren will, wird sich erst anhand ihres künftigen Leitbildes zeigen. Man darf aber auch nicht vergessen, dass zwei ihrer drei Aufträge aus dem Bericht 2000 (Friedens- und Existenzsicherung) davon praktisch nicht

### Sicherheit '99: Schweizerische aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend

Die Jahresstudien «Sicherheit» der Militärischen Führungsschule in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen.

Die soeben in einer neuen Berichtreihe und attraktiverem Format erschienene Ausgabe 1999 kann gegen einen Unkostenbeitrag bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zentrum, 8092 Zürich, Telefon 01 632 40 25, bestellt werden.



## Stellungnahme des Bundesrates

Nach Ansicht des Bundesrates ist der Sicherheitspolitische Bericht 2000 (SIPOL B 2000) eine taugliche Grundlage für die weitere Gestaltung einer realitätsbezogenen Sicherheitspolitik. Er orientiert sich an den Bedrohungen, Gefahren und Risiken, wie sie sich heute und in Zukunft präsentieren können.

Die Entwicklung im Gefolge der Kosovo-Krise hat die Aussagen des SIPOL B 2000 bisher bestätigt. Sämtliche im Zusammenhang mit dieser Krise getroffenen Massnahmen – namentlich die Operation Alba der Luftwaffe, die Focus-Hilfsaktion der DEZA, die Gewährung von Überflugsrechten an die NATO nach Vorliegen eines Mandats des UNO-Sicherheitsrates, die

Entscheidung des Bundesrates in der Flüchtlingspolitik sowie die Beteiligung eines Kontingentes der Schweizer Armee an der Kosovo-Force (KFOR) mit einem Logistikkontingent im österreichischen Bataillon – liegen auf der Linie des SIPOL B 2000.

Der Bundesrat sieht deshalb im heutigen Zeitpunkt keinen Anlass, den eben fertiggestellten Bericht schon wieder zu überarbeiten. Er wird die Entwicklung des sicherheitspolitischen Umfeldes intensiv und aufmerksam verfolgen, weitere Lehren aus dem Kosovo-Konflikt sowie aus weiteren Krisenregionen ziehen und gegebenenfalls in künftigen Grundsatzdokumenten zur Darstellung bringen. A. St.

berührt werden. Die Hauptfolgerung aber ist einmal mehr, dass eine autonome Verteidigung nicht mehr möglich ist, sobald ein potentieller Angreifer über modernste Mittel in beträchtlicher Zahl verfügt. Kooperation, gestützt auf gemeinsames Training der Streitkräfte, wie sie im Bericht vorgesehen ist, drängt sich in diesem Falle auf.

Und noch eine – mehr zukunftsgerichtete – Forderung drängt sich auf. General Klaus Naumann, der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses während der Kosovo-Krise, hat sie formuliert (Europäische Sicherheit November 1999, S.22): «Kosovo wird hoffentlich auch die Zögernden überzeugen, dass Konfliktverhinderung heisst, frühzeitig Entschlossenheit zu zeigen, dann könnte man vielleicht Konflikte verhindern, bevor sie zum Feuer werden.» Auch die Schweiz wird gut daran tun, Kosovo nicht bloss «rückwärts» auszuwerten, sondern «vorwärts», will heissen, unter dem Vorzeichen der Prävention zu deuten. Truppeneinsätze brauchen nicht unbedingt jedesmal die «ultima ratio» zu sein, ihr stabilisierender Gebrauch im Vorfeld von Konflikten setzt zwar Weitsicht und Entschlossenheit voraus, erspart aber ganzen Völkern unter Umständen Blut, Elend und enorme Kosten. Auch solche Überlegungen sind einzubeziehen, wenn wir jetzt daran gehen, die Armee XXI zu planen und zu schaffen.

### Die Konsequenzen des neuen Bedrohungsspektrums haben sich erhärtet

Die detaillierte Bedrohungsanalyse des Berichts zeigt, dass im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges nicht mehr mit einem Gegenspieler gerechnet werden kann, der sich in seinen Planungen von rationalen Argumenten leiten lässt. Machtpolitik im grossmehrheitlich demokratischen Europa spielt sich nur noch in lokalisierbaren Problemzonen mit militärischen Mitteln ab.

Das heutige militärische Risiko ist sehr klein, aber Streitkräfte sind überall nach wie vor vorhanden.

Andererseits aber: Weder Flüchtlinge in Existenznot noch fanatische Extremisten noch erpresserische Regierungen hören auf Vernunftgründe, warum sie die Schweiz in Ruhe lassen sollen. Unsere bis vor kurzem taugliche Dissuasionsstrategie hilft hier nicht mehr weiter.

Die Gewaltformen, mit denen wir es heute und in absehbarer Zeit zu tun haben, machen klar, dass eine autonome Verteidigung aus personellen, finanziellen und technischen Gründen nicht mehr ausreichen würde, der Schweiz und ihrer Bevölkerung jenen Schutz zu bieten, auf den sie Anspruch haben. *Im Überblick:*

Das heutige **militärische Risiko** ist sehr klein, aber Streitkräfte sind überall nach wie vor vorhanden. Sie werden laufend modernisiert. *Auch die Schweiz muss sich darauf einstellen, ihre Armee eines Tages wieder «hochfahren» zu müssen. Dannzumal wird ihr Rückstand aber noch grösser sein als heute. Wie oben bereits angemerkt, wird sie den Gegner, je nach seiner Stärke, nur im Rahmen einer Koalition abwehren können. Schockreaktionen über diese Aussage sind dennoch fehl am Platz: Man erinnere sich an den Entschluss General Guisans von 1939, für den Fall eines deutschen Angriffs die Zusammenarbeit mit Frankreich vorzubereiten.*

Gegen die **Proliferation von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen** kann sich kein einzelner Staat mehr schützen. *Abschreckung und Abwehr verlangen internationale Zusammenarbeit. Unser Schutzraumsystem, so hilfreich es ist, bietet nur einen passiven, das heisst reaktiven Schutz.*

Gegen **Globalisierung des organisierten Verbrechens und eines neuen Terrorismus** genügt die Verstärkung der Inneren Sicherheit allein nicht; letztlich auch keine «Grenzbesetzung», es braucht den Abwehrverbund aller betroffenen Staaten.

Die **Gefahr von Destabilisierung** infolge ethnischer, religiöser oder sozialer Spannungen, die Migrationen und Flüchtlingswellen auslösen, ist nach wie vor vorhanden. Ihre kriminellen Begleiterscheinungen können nur im Gleichschritt mit unseren Nachbarn gemeistert werden.

Der im Bericht 2000 neu definierte Bedrohungsbegriff als **Gewalt (strategischen Ausmasses) aller Art, wer immer sie**

*uns androht oder gegen uns anwendet und der wir uns möglichst präventiv und wirksam entgegenstellen wollen*, schafft die Voraussetzung dafür, auf diese neue Situation einzugehen und unser gesamtes sicherheitspolitisches Instrumentarium lagegerecht zu überprüfen, soweit nötig neu zu strukturieren sowie eventuell auch eine Neuallokation der Finanzmittel vorzunehmen.

### Keine Alternative zur Kooperationsstrategie

Als Folge aller dieser Überlegungen gibt es zwar Varianten in ihrer Ausgestaltung, aber keine grundsätzliche Alternative zur vom Bundesrat gewählten Kooperationsstrategie. Jedenfalls nicht, wenn man die Sicherheit von Land und Volk als menschliches Urbedürfnis und staatliche Pflicht in den Mittelpunkt stellt. Sowohl die Position «integrale Neutralität gestützt auf autonome Verteidigung» von Christoph Blocher (98) als auch jene eines NATO-Beitritts (Arbeitsgruppe Schoch 99) konnten aufgrund der Gesamtbetrachtung aller Parameter nicht überzeugen.

Die erste besitzt ausser dem Wert, den wir ihr selbst zumessen, kaum mehr aussenpolitisches, vor allem aber kein aktuelles strategisches Gewicht mehr; der zweite ist nicht nur innenpolitisch auszuschliessen, sondern sicherheitsmässig auch nicht zwingend. So hält der «Bericht 2000» zu Recht am **Kern unserer Neutralität**, betreffend die Nichteinmischung bei zwischenstaatlichen Konflikten fest. Umfeld und Lage erlauben aber, durch hohe Eigenleistung einerseits und aktive Kooperationen, für die neutralitätsrechtlicher Spielraum besteht, andererseits den Grad an Sicherheit zu erreichen, auf den unsere Bevölkerung Anspruch hat.

Auch Zwischenformen mussten verworfen werden. So die Konzentration unserer Anstrengungen und Mittel auf die Projektion einer Schweiz, die sich mit



